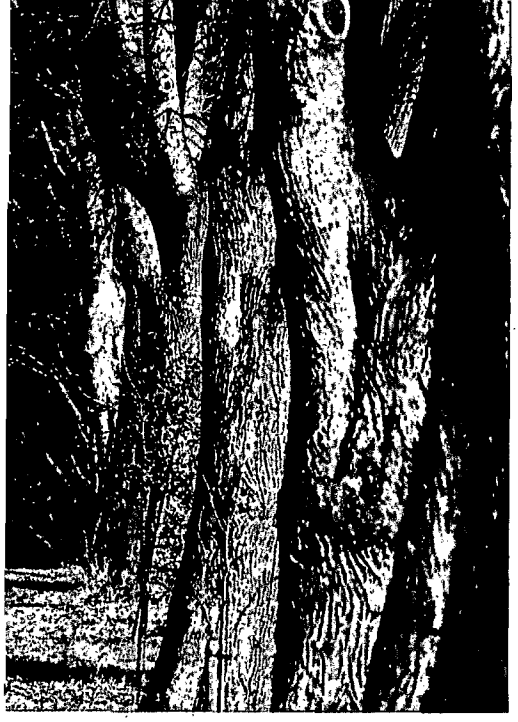


an den herrlichen Bäumen vorbeigehen"

oder gleichlautend. Man wird im Zuge der Wirtschaftsunion Rahmenbedingungen setzen müssen, die westeuropäischen Standards etwa für Investitionen entsprechen, auch um zu vermeiden, daß die Investitionstätigkeit hier zum deutschen Heimspiel wird. Ich bin der Meinung, hier müssen Japaner, Franzosen, Belgier in gleicher Weise investieren können, immer unter dem Gesichtspunkt: Das beste Angebot soll's sein.

SPIEGEL: Viele Überstunden für die Volkskammer.

MAIZIERE: Es ist die Frage, wieweit man dort mit der Übernahme bestimmter Rechtsbestände agieren kann. Es gibt aber andere Bereiche, wo das DDR-Recht eigene Entwicklungen genommen hat, die inzwischen im Rechtsbewußtsein unserer Menschen verankert sind.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

MAIZIERE: Denken Sie an das schwierige Thema Ihres Abtreibungsparagraphen 218. Da müssen wir versuchen, alles zu tun, damit die Entscheidung für das Kind leichter wird. Aber die verantwortliche Entscheidung muß bei der Frau bleiben.

SPIEGEL: Ein fundamentaler Unterschied zur Meinung der CDU-West.

MAIZIERE: So steht's im Programm.

SPIEGEL: Gibt es in der Eigentumsfrage ähnliche Differenzen?

MAIZIERE: Die Eigentumsprobleme können nicht mit einem Ruck gelöst werden. Wir brauchen eine Entwicklung hin zum Privateigentum mit sinnvollen Übergängen. Zum Beispiel bei der Frage des privaten Wohnungseigentums würde ich zwingend sagen: Es kann nur einer eine Wohnung als Eigentum erwerben, der am 9. November seinen Wohnsitz hier hatte.

SPIEGEL: Hat die DDR eine Chance, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen, wenn sie nicht wenigstens eine Zeitlang als Billiglohnland einen ganz deutlichen Vorteil hat gegenüber anderen Standorten?

MAIZIERE: Manche Billiglohnländer setzen Billiglohntechnologien voraus oder einen Mangel an ausgebildeten Leuten. Das ist bei uns anders. Aber ich meine, daß bei uns der Lohn über einen längeren Zeitraum hinweg geringer sein wird.

SPIEGEL: Und daher attraktiver für Investoren.

MAIZIERE: Sicherlich. Daß es eine schrittweise Anhebung geben muß, ist mir völlig klar. Nehmen Sie ein Beispiel: Wenn sich nun einer nicht entschließt, seine Wohnung zu kaufen – solange er statt 800 Mark 150 Mark oder 120 Mark Miete zahlt –, hat er ja einen um die Differenz höheren Lohn. Man muß also eine Mietpreisbindung finden, die sich mit dem Lohnniveau entwickelt.

SPIEGEL: Ihr Allianzpartner Schnur hatte zurücktreten müssen, weil es Probleme wegen seiner Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gab. Brauchen Sie hier nicht entweder eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit – oder eine Amnestie, vielleicht auch die Verbrennung der Stasi-Akten, um eine Hexenjagd zu vermeiden?

MAIZIERE: Das ist eine sehr komplizierte Frage, über die ich abschließend noch nicht nachgedacht habe. Dieses Verbrennen, wie Sie sagen, würde eine historische Aufarbeitung behindern. Die Gefahr der Hexenjagd sehe ich in gleicher Weise. Wie man mit diesen beiden Extremen zu Rande kommt, darüber müssen wir noch sehr genau nachdenken. Ich weiß im Moment keine ideale Lösung.

SPIEGEL: Jede Woche tauchen jetzt neue Namen auf von offensichtlich wichtigen Politikern, die mit der Stasi zusammengearbeitet haben oder haben sollen. Könnte ein Appell an die eigene Moral helfen, damit jene, die ja gewußt haben müssen, was sie getan haben, sich freiwillig zurückziehen aus dem politischen Geschäft?

MAIZIERE: Bestimmte Veränderungen, bestimmte Genesungsprozesse sind nicht von heute auf morgen zu leisten. Und gerade auf einem so sensiblen Feld sind Ratschläge von woanders nicht unbedingt die hilfreichsten.

SPIEGEL: Auch Sie selber waren ja mal im Gerede. Sie haben uns damals erklärt, jeder Rechtsanwalt habe mit der anderen Seite zu tun gehabt. Aber Sie sind niemals über das hinaus gegangen, haben auch keine Verpflichtungserklärung unterschrieben wie Herr Schnur?

MAIZIERE: So ist es.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, daß Ihr Entscheidungsspielraum als DDR-Politiker um so geringer wird, je komplizierter die Gespräche mit der Bonner Regierung ablaufen werden? Wird nicht immer wieder die Bundesregierung versuchen, Ihnen vorzuschreiben, was hier zu passieren hat?

MAIZIERE: Wir werden sehen, wie groß unser Spielraum ist.

SPIEGEL: Bloß sehen? Oder versuchen, ihn größer zu machen?

MAIZIERE: Das Mandat habe ich von den Menschen, die hier leben.

SPIEGEL: Zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten kann es ja nur kommen, wenn Sie die mit Zweidrittelmehrheit in der Volkskammer beschließen.

MAIZIERE: Genauso ist es.

SPIEGEL: Und das werden Sie Herrn Kohl klarmachen?

MAIZIERE: Sicherlich.

SPIEGEL: Herr de Maizière, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Übersiedler

Schluß mit lustig

Auf DDR-Bürger, die trotz Warnungen noch in den Westen übersiedeln, warten böse Überraschungen.

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, 46, mußte in der letzten Zeit einiges einstecken. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) nannte den Sozi einen „Erfüllungsgehilfen der SED" und „eiskalten Egoisten". CDU-Generalsekretär Volker Rühe warf ihm vor, er sei „deutschenfeindlich". Anlaß der Rempeleien im



Innenminister Schäuble
„Gegen Bundesrecht verstoßen"

Bundestags-Vorwahlkampf: Seit Monaten fordert Lafontaine, mit den Vergünstigungen für DDR-Übersiedler müsse Schluß gemacht, der nicht abreißende Zuzug aus dem Osten gestoppt werden.

Am Dienstag letzter Woche ist die Bundesregierung auf Lafontaine-Kurs eingeschwenkt: Das Kabinett entschied, das Notaufnahmeverfahren zum 1. Juli ersatzlos zu streichen.

Der Beschluß kam auf massiven Druck einer Allparteien-Allianz im Bundesrat zustande. Bis zum DDR-Wahlsonntag hatte sich die Bonner Regierung hartnäckig gesträubt, von der Vorschrift Abschied zu nehmen. Das Gesetzeswerk war 1950 geschaffen worden, um Bewohnern der damals sowjetisch besetzten Zone, die sich in einer „politischen Zwangslage" oder in wirtschaftlicher Not befanden, bei einer Flucht die Eingliederung im Westen zu erleichtern.

Nachdem zunächst nur die SPD-regierten Bundesländer die Abschaffung der Notaufnahme verlangt hatten, bezogen auch die unionsgeführten Länder bei der Bundesratssitzung Ende vorletzter Woche gegen die Regierung Stellung.

Zum Wortführer der Frondeure machte sich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU). Er fürchtet, kurz vor den Landtagswahlen im Mai, eine lasche Haltung gegenüber den Zuzüglern könne ihn Stimmen kosten. Übersiedler aus der DDR, so Albrecht, seien „keine Flüchtlinge mehr".

Die Liquidierung der Nothilfe-Garantie hat weitreichende Konsequenzen. Mit Inkrafttreten der neuen Regelung wird den Übersiedlern

- keine Erstbetreuung in Notaufnahmelagern von Bund, Ländern und Gemeinden mehr angeboten;
- die einmalige Überbrückungshilfe in Höhe von 200 Mark gestrichen;
- der zinsverbilligte Einrichtungskredit gekappt.

Wer seinen Job in der DDR freiwillig aufgegeben hat, soll zudem nach einem Plan der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit das „Eingliederungsgeld", rund 1100 Mark, erst nach einer Sperrfrist von zwölf Wochen erhalten und damit westdeutschen Arbeitslosen gleichgestellt sein. Ein Verwaltungsexperte: „Jetzt ist Schluß mit lustig."

Daß die Gesetzesinitiative zur Schließung der Lager erst in drei Monaten greift, hat die Landesregierungen erneut gegen die Christliberalen aufgebracht.

Die Berliner Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) etwa hält den Zeitpunkt für „aberwitzig": Die Gnadenfrist werde dafür sorgen, daß es Staatenwechsler „noch einmal zu uns treibt". Auch der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) hat für den Termin „kein Verständnis", die Lager müßten „sofort geschlossen werden".



DDR-Übersiedler bei der Ankunft*: „Einmal DDR, 2. Klasse, einfache Fahrt"

Einige Bundesländer haben bereits vollendete Tatsachen geschaffen. Bremens Regierungschef Klaus Wedemeier (SPD) läßt den Übersiedlern seit letzter Woche kein Bett mehr anbieten, sondern lediglich einen roten Zettel in die Hand drücken. Freundlich, aber bestimmt („Liebe DDR-Bürgerin, lieber DDR-Bürger") wird den Neuankömmlingen mitgeteilt, die Behörden könnten sie „nicht in Bremen aufnehmen". Die Obdachsuchenden werden deshalb gebeten, „in die DDR zurückzukehren". Und in Saarbrücken erhalten Übersiedler nur noch ein Bahnticket umsonst: einmal DDR, 2. Klasse, einfache Fahrt.

Eine rechtliche Handhabe, hartnäckige Neubürger zur Rückkehr zu zwingen, gibt es jedoch nicht. Wer partout bleiben will, hat, ebenso wie ein bundesdeutscher Obdachloser, Anspruch auf Schlafstelle und Sozialhilfe – die allerdings im Einzelfall auch auf ein Lunchpaket reduziert werden kann.

Der christdemokratische Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, 47, hat den widerborstigen Regierungschefs von Bremen und dem Saarland mittlerweile vorgeworfen, sie hätten „gegen Bundesrecht verstoßen". Solange das Aufnahmegesetz noch in Kraft sei, dürften Übersiedler nicht abgewiesen werden.

Die beiden Sozis schert die Rechtsbelehrung aus Bonn wenig. Lafontaine argumentiert, juristisch fragwürdig, durch die erste freie Wahl in der DDR sei die „Geschäftsgrundlage" für das Notaufnahmegesetz „entfallen".

Druck kann Schäuble kaum ausüben: Um ein Bundesland zur Aufnahme von Übersiedlern zu zwingen, braucht er die Zustimmung des Bundesrates – und die ist kaum zu erwarten. Auch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht brächte nichts: Bis die entschieden wäre, könnten Jahre vergehen.

In Bonn hoffen Schäubles Ministeriale jetzt, daß sich das Problem binnen kurzem von selbst erledigen wird. Seit dem Wahlsonntag vorletzte Woche hat sich die Zahl der Zuzügler bundesweit um mehr als die Hälfte verringert.

Im Freistaat Bayern etwa, wo die Staatenwechsler zeitweise zu Tausenden in Turnhallen und Kasernen zusammengepfercht waren und sich wegen Bettenmangels beim Schlafen in drei Schichten abwechseln mußten, läßt der Druck auf die Notquartiere deutlich nach: Während am Freitag vor der Wahl noch 368 Menschen Unterkunft begehrten, waren es am folgenden Mittwoch nur noch 168. Selbst in West-Berlin, Magnet für DDR-Abwanderer, ist der Zustrom kontinuierlich abgeebbt – Montag: 179 Übersiedler, Dienstag: 100, Freitag: 75.

Auch das Zentrale Aufnahmelager in Gießen ist nicht wiederzuerkennen. Wo noch vor Wochen Gedränge herrschte, leeren sich nun die Flure. Das Lager soll künftig Aussiedlern aus Osteuropa als erste Bleibe dienen. Doch zur Entwarnung ist es noch zu früh. Skeptiker fürchten, daß der Überschwang nach dem Wahlsieg der Ost-CDU dem großen Katzenjammer weichen könnte, wenn die Angleichung ans westliche Wohlstandsniveau auf sich warten läßt.

Um einem neuerlichen Anschwellen der Übersiedlerwelle vorzubeugen, schütten einige Bundesländer nun weitere Dämme auf. In West-Berlin werden Übersiedler vom 1. April an keine Sozialwohnungen mehr bekommen. Und die

* Im Notaufnahmelager Gießen.

Hamburger Sozialbehörde will künftig mit Übersiedlern, die besonders clever sein wollen, rigoros umgehen.

Wer seine Wohnung im Osten, gleichsam als Rückversicherung, noch behalten hat, dem will die Hansestadt weder Bett noch Butterbrot spendieren. Brigitte Eberle von der Sozialbehörde: „Der liegt dann eben auf der Straße, peng."

Waffenexport

Provision an Z.

Neue Ermittlungen der Kieler Staatsanwaltschaft belegen: In Südafrika werden nach deutschen Plänen U-Boote gebaut.

Die Bilanz des Bonner U-Boot-Untersuchungsausschusses war bislang ausgesprochen negativ. Seit gut drei Jahren bemühen sich die elf Parlamentarier, Licht in ein dunkles Waffengeschäft mit dem Regime in Südafrika zu bringen. Doch nur 22 der insgesamt 44 Sitzungen konnten, so errechnete der Ausschußreferent Dieter Puschke von der SPD, „für Beweisaufnahmen genutzt" werden.

Die „restliche Zeit", 55 von 104 Arbeitsstunden, sei mit „Verfahrens- und Geschäftsordnungsdebatten vertan" worden, klagt Puschke. Erfolgreich habe die christlich-liberale Regierungsmehrheit „die Ausschußarbeit immer wieder verzögert und verzettelt".

Damit dürfte es alsbald ein Ende haben. Ausgerechnet die betuliche Kieler Staatsanwaltschaft, die sich monatelang



Ehemaliger Werftchef Ahlers
Wahre Fundgrube

ПЕРЕСТРОЙКА...
(Perestroika / Umgestaltung)